

# BESCHLUSS

---

**des Präsidiums der FDP, Berlin, 8. Mai 2023**

---

## Für einen starken Einzelhandel und lebendige Innenstädte und Ortskerne

Mit einem Jahresumsatz von über 640 Milliarden Euro, mit über 300.000 Unternehmen und mit mehr als drei Millionen Beschäftigten ist der Einzelhandel ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Aber der Einzelhandel steht nicht nur für beeindruckende Zahlen – er steht auch für lebendige Innenstädte und Ortskerne, für regionale Vielfalt und Versorgung, für traditionsreiche Familienunternehmen, für Kunst und Kultur und für kreative und innovative Start-ups.

Hohe Inflation und Energiepreise, steigende Mieten und Konsumzurückhaltung setzen den örtlichen Einzelhandel unter Druck. Hinzu kommen überbordende Bürokratie und ein akuter Fachkräfte- und Personalmangel. Wenn dann vor Ort noch eine ideologische Verkehrspolitik die Erreichbarkeit des Einzelhandels erschwert und das Parkplatzangebot knapp und teuer wird, sehen viele Gewerbetreibende keine Zukunft mehr für ihre Geschäfte. Die Folgen sind Geschäftsaufgaben, Leerstände und Versorgungslücken, besonders im ländlichen Raum. Der Staat ist auf allen Ebenen gefordert, gute Rahmenbedingungen für einen vielfältigen, gesunden, innovativen und breitflächigen Einzelhandel zu setzen. Hier sind gerade auch Städte und Kommunen gefordert. Auf fünf Feldern wollen wir Freie Demokraten den Einzelhandel stärken:

### **1. Erreichbarkeit verbessern**

Durch die Einführung des Deutschlandtickets zum 1. Mai haben wir die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) deutlich gesteigert und damit auch die Erreichbarkeit des Einzelhandels verbessert. Auch durch den Ausbau von Radwegen in Städten und Gemeinden sorgen wir dafür, dass Menschen individuell mobil sind und lokalen Einkaufszentren treu bleiben. Zugleich müssen aber auch Kundinnen und Kunden, die auf das Auto angewiesen sind, die Möglichkeit haben, schnell in die Städte und Zentren zu kommen und nahegelegene Parkplätze zu finden. Das gilt insbesondere für Handwerkerinnen und Handwerker, Senioren, Menschen mit Behinderungen und mobile Pflegekräfte. Außerdem müssen Geschäfte beliefert werden können. Viele Waren können nur mit Kraftfahrzeugen transportiert werden.

Eine autofeindliche, ideologische Verkehrspolitik ist schädlich und auch klimapolitisch kontraproduktiv. Schließlich brauchen auch klimaneutrale Fahrzeuge, die mit Strom, Wasserstoff oder E-Fuels angetrieben werden, intakte Straßen und ausreichende Parkplätze. Das Auto gehört zu einem individuellen Mobilitätsmix genauso wie Fahrräder und der ÖPNV. Pauschale Fahrverbote, Straßensperrun-

gen gegen den Willen der Anwohnerinnen und Anwohner oder erzieherische und unnötige Reduzierungen von Parkmöglichkeiten lehnen wir deshalb ab. Im Gegenteil: Wir wollen mehr Flexibilität und mehr Toleranz beim Parken.

Wir fordern Städte und Gemeinden auf, bedarfsgerecht kostenloses Kurzparken zu ermöglichen („Brötchentaste“). Zugleich sprechen wir uns dafür aus, im eingeschränkten Halteverbot zukünftig das Halten für fünf statt bisher drei Minuten zu erlauben („aus drei mach´ fünf“). Dadurch erleichtern wir besonders älteren Fahrern und Beifahrern den nahen Kurzeinkauf, zum Beispiel in Bäckereien oder Apotheken. Zudem sichern wir damit die soziale Teilhabe und steigern zugleich die Attraktivität der Innenstädte. Außerdem werden die Ordnungsämter und die Polizei von der Kontrolle bei Bagatellverstößen entlastet. Umso mehr muss rücksichtsloses Parken im Parkverbot und besonders auf Gehwegen, Fahrradwegen und Feuerwehruzufahrten konsequent geahndet werden.

## **2. Bürokratieabbau**

Zeitraubende Bürokratie und hohe Steuern belasten den Einzelhandel. Um Händlerinnen und Händler zu entlasten, haben wir bereits diverse Maßnahmen umgesetzt. Zum Beispiel können Gründungen von GmbHs und Eintragungen in das Handelsregister nun online erledigt werden. Wir fordern die Bundesländer zu einer zielgenauen Kooperation beim Ausbau eines durchgängigen E-Governments auf allen Verwaltungsebenen auf. Gründungen und Übergaben von Einzelhandelsunternehmen könnten so vereinfacht werden. Darüber hinaus wollen wir das Gesetz zur Bonpflicht einer Prüfung unterziehen. Eine Pflicht zur Ausstellung eines analogen Bons passt nicht in unser digitalisiertes Leben und schafft direkte Nachteile gegenüber dem Onlinehandel. Zusätzlich produziert die Bonpflicht nicht zu vernachlässigende Kosten und reichlich Abfall.

Immer mehr Menschen nutzen ihre freie Zeit am Wochenende, um Einkäufe zu erledigen. Das erfolgt dann meistens über Onlinehändler. Die Nachfrage nach gemeinsamen Erlebnissen in der Stadt, einem Einkaufsbummel oder einem Museumsbesuch am Sonntag ist vorhanden. Damit das Geschäft nicht dem Onlinehandel überlassen wird, sollte geprüft werden, welche Anpassungen notwendig sind, um mehr Sonntagsöffnungen und damit mehr Einkaufserlebnisse auch am Sonntag zu ermöglichen. Selbstverständlich müssen Geschäfte auch weiterhin selbst entscheiden, ob sie am Sonntag öffnen wollen. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeitregeln etwa durch den Wechsel hin zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit, wie es die EU-Arbeitszeitrichtlinie vorsieht, wäre ebenfalls ein Beitrag zur Stärkung des Einzelhandels.

Wir Freie Demokraten sprechen uns für ein viertes Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV) aus, um Unternehmen weiter zu entlasten. Ein Werbeverbot für bestimmte Produkte wie zum Beispiel Süßwaren halten wir für nicht zielführend. Darüber hinaus kann eine Vereinfachung von Auflagen für Ladenlokale im Bau- und Ordnungsrecht eine schnellere und reibungslose Eröffnung und Belegung von Innenstädten nach sich ziehen. Eine kartellrechtliche Gleichbehandlung von stationärem und Onlinehandel begrüßen wir.

## **3. Fachkräfte sichern**

Wie die gesamte Wirtschaft ist auch der Einzelhandel stark vom Fachkräftemangel betroffen und sucht händeringend nach qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Einer Studie zufolge

konnte zwischen 2021 und 2022 fast ein Drittel der offenen Stellen auf Fachkräfteniveau nicht besetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, diese Fachkräftelücke schnellstmöglich zu schließen. Denn sie gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand in unserem Land.

Die Einführung einer Vier-Tage-Woche sehen wir dabei nicht als geeignete Lösung an. Forderungen nach verkürzten Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich sind angesichts des Fachkräftemangels unverständlich. Die Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen, insbesondere zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, unterstützen wir hingegen ausdrücklich.

Mit der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung sorgen wir dafür, dass Ausbildungsberufe noch attraktiver werden. Dies beginnt bereits mit einer flächendeckenden, frühzeitigen Berufsorientierung an Schulen. Mit dem Angebot von Makerspaces in den Innenstädten kann beispielsweise dem Handwerk die Möglichkeit gegeben werden, Berufsorientierung zu den vielfältigen Handwerksberufen ganz praxisorientiert anzubieten. Zudem wollen wir neue digitale Angebote für Jugendliche zur eigenständigen beruflichen Orientierung schaffen. Dadurch werden die Potentiale, die eine Ausbildung bietet, besser sichtbar. Insbesondere durch innovative Berufsbildungsangebote, die individuelle Förderung von Talenten und eine Ausweitung der internationalen Ausrichtung in der beruflichen Bildung wollen wir vor allem auch noch mehr Mädchen und Frauen für eine Ausbildung begeistern. Außerdem bringen wir das Aufstiegs-BAföG auf die Höhe der Zeit. Durch verbesserte Fördermöglichkeiten und bürokratiearme Antragsverfahren wollen wir berufliche Aufsteigerinnen und Aufsteiger bei Fortbildungen besser unterstützen.

Einen weiteren Beitrag zur Fachkräftesicherung leistet zudem ein modernes Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das die Regierungskoalition auf den Weg gebracht hat. Es wird die Möglichkeiten für qualifizierte Fachkräfte verbessern, nach Deutschland zu kommen, um zu arbeiten. Mit einer Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems folgen wir endlich erfolgreichen Einwanderungsländern. Damit werden wir im internationalen Wettbewerb für Fachkräfte attraktiver. Durch die konsequente Digitalisierung von Verfahren werden wir außerdem dafür sorgen, dass Verwaltungsabläufe für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt schneller ablaufen.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr wertvolles Know-how noch länger in die Arbeitswelt einbringen können, wenn sie sich dafür entscheiden. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wollen wir Modelle für einen flexibleren Renteneintritt nach skandinavischem Vorbild prüfen. Es muss sich auch finanziell spürbar lohnen, wenn Menschen sich dafür entscheiden, länger zu arbeiten.

#### **4. Faire Energiepreise**

Energie muss für alle bezahlbar bleiben – das gilt für private Haushalte wie auch für kleine und mittlere Unternehmen sowie die Industrie gleichermaßen. Durch die Energiepreisbremsen haben wir in einer angespannten Situation für Entlastung gesorgt. Davon haben auch die Händlerinnen und Händler profitiert. Nun gilt es vor allem, das verfügbare Energieangebot auszuweiten. In einem ersten wichtigen Schritt haben wir dazu die Beschleunigung verwaltungsgerichtlicher Verfahren im Infrastrukturbereich auf den Weg gebracht. Damit legen wir den Turbo für zentrale Projekte beim Ausbau Erneuerbarer Energien ein. Künftig können diese von Gerichten priorisiert behandelt werden. Auch

bei Energieleitungen und Energiespeichern wollen wir für Beschleunigung sorgen, um die Versorgungssicherheit zu stärken. Wir arbeiten weiter an dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel, die Dauer aller Planungsverfahren mindestens zu halbieren.

Wir treiben außerdem den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft voran und forcieren internationale Partnerschaften, um die notwendige Infrastruktur und leistungsfähige Lieferketten auf- und auszubauen. Wasserstoff ist ein wichtiger Energieträger für eine klimaneutrale Wirtschaft. Wir wollen sicherstellen, dass Innovationen im Bereich neuer und sicherer Technologien der Kernspaltung und insbesondere auch bei der Kernfusion nicht durch unangemessene rechtliche Vorgaben gehemmt werden. Wir wollen außerdem unsere heimischen Erdgasvorkommen stärker nutzen.

Einen subventionierten Industriestrompreis halten wir hingegen nicht für zielführend. Denn ein solcher wäre verteilungspolitisch ungerecht und widerspräche den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Auch gäbe es angesichts der angespannten Haushaltslage dafür keinen finanziellen Spielraum. Subventionierte Strompreise für die Industrie gingen zulasten anderer Stromverbraucher wie dem Handwerk und dem Mittelstand und würden ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Wirksamer wäre eine Reform der Strom- und Energiesteuern, die alle Stromkunden entlastet und nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führt.

## **5. Faire Besteuerung**

Durch den Wegfall der EEG-Umlage haben wir bereits dafür gesorgt, dass die Kosten für die Energiewende gerechter verteilt und Einzelhändler nicht mehr überproportional belastet werden. Weiter wollen wir die Stromsteuer dauerhaft auf das europarechtliche Mindestmaß absenken und so den gestiegenen Energiepreisen entgegenwirken.

Durch das Inflationsausgleichsgesetz haben wir dafür gesorgt, dass Lohnerhöhungen und Tarifabschlüsse zum Inflationsausgleich auch bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen und nicht vom Staat durch die Einkommensteuer aufgezehrt werden. Das stabilisiert die Nachfrage auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Auf der Angebotsseite wollen wir den Solidaritätszuschlag auch für GmbHs und andere Körperschaften vollständig abschaffen. Zusätzlich wollen wir im Zuge der angestrebten Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa den deutschen Sonderweg der Gewerbesteuer beenden. Die Finanzierung der Kommunen muss auf eine andere Grundlage gestellt und die Gewerbesteuer ersetzt werden, zum Beispiel durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftssteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer.

Wir fordern die Regierungen der Länder auf, die Freibeträge der Erbschaftssteuer um 25 Prozent anzuheben und diese künftig automatisch an die Inflation anzupassen. Denn Werte und Vermögen werden in Familien und im Mittelstand oft über Jahrzehnte von vielen Angehörigen gemeinsam erarbeitet und aufgebaut. Höhere Freibeträge bei der Erbschaftsteuer sind für Hinterbliebene deshalb auch eine Frage der Leistungsgerechtigkeit.

Darüber hinaus setzen wir uns für faire Wettbewerbsbedingungen für den stationären Einzelhandel gegenüber dem Onlinehandel ein. Groß- und Digitalunternehmen darf bei der Steuergesetzgebung

kein Vorteil entstehen. Eine angemessene Besteuerung weltweit tätiger Digitalunternehmen und Onlinehändler ist deshalb unabdingbar.